

Toxische Verbindung

Pharmastiftung lässt an Mainzer Uni für die vermeintlich gute Sache forschen und hat angeblich gar nichts davon. Nur die Verträge lügen

Von Ralf Wurzbacher



Das Geld für die Unis findet seinen Weg zurück – in den Konzern. Impfstoffzentrum der Pharmafirma Boehringer Ingelheim in Hannover, 27. September 2012
Foto: Jochen Lübke/dpa-Bildfunk

Vor dreieinhalb Jahren dankte Kurt Beck (SPD) als langjähriger »Landesvater« von Rheinland-Pfalz ab, aus gesundheitlichen Gründen, wie es hieß. Die Heilung erfolgte prompt. Kaum sechs Monate später stand er beim Pharmakonzern Boehringer Ingelheim (BI) unter Vertrag, als Berater in »strategischen Fragen«. Die moderne Medizin wirkt eben doch Wunder – auch wenn dafür schon mal ein Opfer her muss: etwa die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz (JGU) hat ihre Grundsätze aus freien Stücken preisgegeben. 2009 schloss sie eine Kooperation mit der Boehringer-Ingelheim-Stiftung ab, die 2011 die Gründung des Instituts für Molekulare Biologie (IMB) und zwei Jahre später die Neuausrichtung des Fachbereichs Biologie nach sich zog. Das Engagement der Pharmastiftung verheißt der Uni 150 Millionen Euro bis 2023, für deren Präsidenten Georg Krausch ist das »reines Mäzenatentum«. Dass dies die Sache nicht ganz trifft, dürfte erklären, warum die JGU die Verträge lieber unter Verschluss halten wollte.

Sowohl eine wissbegierige Studentin, die Ende 2014 zuerst auf Einsichtnahme drängte, als auch den Landesbeauftragten für Informationsfreiheit ließ sie abblitzen, angeblich zum Schutz des »grundrechtlich geschützten Bereichs der Forschung«. Erst vor gut einem Jahr, infolge des gestiegenen öffentlichen Drucks, gewährte die Uni zunächst ausgewählten Journalisten Einblick. Mitte Mai dieses Jahres schließlich setzte der Reporter des *Südwest-deutschen Rundfunks (SWR)*, Thomas Leif, vor dem Mainzer Verwaltungsgericht die Offenlegung der Unterlagen durch.

Deren Inhalt offenbart, dass die Stifter längst nicht so selbstlos sind wie behauptet. Zum Beispiel besagt eine Klausel, dass dem Institut nur Wissenschaftler vorstehen dürfen, die nach dem Gusto des Vertragspartners sind. Demnach hält eine gemeinsame Findungskommission nach passenden Kandidaten Ausschau und fordert zur Bewerbung auf. Selbst die Stellenausschreibung wird »im Benehmen mit der Stiftung abgefasst«, die Berufsvereinbarung bedarf schließlich der »Zustimmung der Stiftung«. Nach dem rheinland-pfälzischen Hochschulgesetz sind derlei Vetorechte Dritter bei Personalentscheidungen unzulässig (siehe unten).

Aber der Einfluss reicht noch weiter: So behält sich die Stiftung eine Mitwirkungs- und Zustimmungspflicht bei der Einrichtung eines Expertenbeirats vor, wobei darin auch Stiftungsvertreter sitzen können. Dazu braucht es bei allen wichtigen organisatorischen Fragen das Einverständnis des Sponsors, einschließlich der Bestellung der Geschäftsführung sowie der Finanzplanung. Werbung machen für das »gemeinnützige« Konzernanhängsel muss die Universität obendrein. So sei »insbesondere auf Briefbögen und in Veröffentlichungen« stets der Zusatz »gefördert durch die Boehringer-Ingelheim-Stiftung« anzubringen.

Diese kleine Formalität hat allerhand Symbolkraft: Hier tritt eine Universität ganz unverblümt im Namen eines Privatunternehmens in Erscheinung und macht sich mit diesem und dessen Interessen gemein. Dabei ist so etwas heute keine Ausnahme mehr, sondern der Normalfall. Deutschlands Hochschulen fungieren längst als verlängerte, staatlich alimentierte Forschungsanstalten der Industrie, was auch zunehmend ihrem Selbstverständnis entspricht. Es wird gesponsert, gespendet, Studiengänge, Institute oder Lehrstühle werden fremdfinanziert, oder Kapitallobbyisten wirken in Hochschulgremien mit.

Boehringer Ingelheim

Fördern und Kasse machen

Laut Onlinelexikon Wikipedia ist Boehringer Ingelheim (BI) das größte forschende Pharmaunternehmen in Deutschland mit einem Vorjahresumsatz von knapp 15 Milliarden Euro. Die 150 Millionen Euro, die sich die BI-Stiftung die strittige Kooperation mit der Universität Mainz kosten lässt, erscheinen vor diesem Hintergrund verkraftbar, und zweifellos soll sich das Investment früher oder später auch bezahlt machen. Im Vorstand der Stiftung sitzt unter anderem Andreas Barner, der Ende Juni den BI-Chefsessel räumte und in den Gesellschafterausschuss des Konzerns wechselte.

Barner, taufischer Geschäftsführer bei der Fazit-Stiftung, dem Mehrheitseigner der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)*, fungiert seit 2013 als Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, in dem sich 3.000 vornehmlich der deutschen Industrie angehörende sogenannte Wissenschaftsförderer tummeln. In diesem Sinne engagiert sich Barner außerdem als Vizepräsident und Senatsmitglied der Max-Planck-Gesellschaft. Als solches wirkt unter anderem auch der Exministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), dem die Kooperation zwischen BI-Stiftung und der Uni Mainz 2009 quasi als Geburtstagsgeschenk beschert wurde. Heute arbeitet Beck als BI-Berater.

BI unterhält weitere »gemeinnützige« Stiftungen, darunter den BI-Fonds für medizinische Grundlagenforschung sowie die Geschwister-Boehringer-Ingelheim-Stiftung für Geisteswissenschaften, die Druckkostenzuschüsse für wissenschaftliche Werke vergibt. Sämtliche Stiftungen sind formell unabhängig, beim BI-Fonds hat indes wiederum Barner als Vorstandschef das Sagen. Der Mann tut eben viel Gutes, auch als Mitglied des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Auch an der Uni Mainz ist das Usus: Das Webportal Hochschulwatch.de führt für die JGU elf Stiftungsprofessuren auf, allein drei davon auf BI-Rechnung, dazu jeweils eine der Volkswagen-Stiftung und der Debeka-Versicherung sowie zwei von Carl Zeiss. Die Uni kooperiert ferner mit der Deutschen Post, der Jacobs-Stiftung und dem Wirtschaftsberater KPMG. Dazu kommen noch einmal knapp 20 sogenannte Deutschlandstipendien – ein Modell, mit dem sich die Privatwirtschaft ganz offiziell und von Staats wegen in die Studienfinanzierung einbringen darf.

Die ganzen Vorgänge laufen weitgehend im Verborgenen ab. Sorgt ein Fall überhaupt einmal für Aufregung, dann deshalb, weil die Begehrlichkeiten und Einflussmöglichkeiten der privaten Akteure allzu forsch und plakativ herausgestellt wurden und/oder, wie im Fall der JGU, die Geheimniskrämerei Verdacht erregt. Dann ist Schadensbegrenzung vonnöten. So legen beide Seiten in der Debatte großen Wert auf die Darstellung, dass alle Forschungsergebnisse sowie mögliche Patente der Universität Mainz gehörten und Publikationen allein Sache der Forschenden wären.

Das glaube, wer will. Eher gilt: Wer bezahlt, will auch etwas dafür sehen. Und einen Beleg dafür haben die Beteiligten inzwischen selbst nachgeliefert. Jüngst sind die Vertragsinhalte einer weiteren Kooperation der Uni Mainz ans Licht gekommen, diesmal direkt mit dem BI-Konzern. Dabei geht es um eine mit drei Millionen Euro geförderte Gesundheitsstudie, in deren Rahmen über fünf Jahre 15.000 Menschen aufwendig untersucht wurden. *SWR*-Journalist Leif machte daraus folgenden Satz öffentlich: »Weiterhin ist mit dem Hauptsponsor der Studie, Boehringer Ingelheim, vertraglich vereinbart, dass alle Manuskripte vor Veröffentlichung die Freigabe durch BI benötigen.«

Nicht der Rede wert, meinen die Gescholtenen. Der besagte Passus sei lediglich eine interne Leitlinie für die eigenen Wissenschaftler, ließ die Uniklinik verlauten. BI sei nur zugesichert worden, Veröffentlichungen »kommentieren« zu dürfen. Vom Konzern selbst hieß es, »der Studienpartner ist frei, sich über diese nicht verbindlichen Kommentare hinwegzusetzen«.

Ganz uneinsichtig will man sich jedoch auch nicht geben. Unipräsident Krausch hat mittlerweile Fehler eingeräumt, die sich durch das ganze Vertragswerk zögen, und Nachbesserungen angekündigt. Den Univorsteher ärgern die Verfehlungen, wie er erklärte, wobei er auch Entlastendes vorbrachte. So habe man die millionenschwere Zusammenarbeit noch rechtzeitig zum 60. Geburtstag des damaligen Ministerpräsidenten Beck unter Dach und Fach bringen wollen. Wie rührend – der Beschenkte bedankt sich heute noch.

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160908rw1.pdf>